

3 Unter der Lupe
Sei ein Mensch!

6 Im Brennpunkt
Beziehungen

statt Bürokratie

Dossier

Macht Künstliche
Intelligenz
Lehrer überflüssig?

Recht§ausleger

Lehrer machen

Kasse

IMPRESSUM

lehrer nrw - G 1781 erscheint sechs Mal jährlich als Zeitschrift des 'lehrer nrw' ISSN 2568-7751

Der Bezugspreis ist für Mitglieder des 'lehrer nrw' im Mitgliedsbeitrag enthalten. Preis für Nichtmitglieder im Jahresabonnement: € 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw e.V. Nordrhein-Westfalen, Graf-Adolf-Straße 84, 40210 Düsseldorf. Tel.: 02 11 / 1 64 09 71. Fax: 02 11 / 1 64 09 72, Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Sven Christoffer, Christopher Lange, Katrin Saniter-Hann, Jochen Smets, Sarah Wanders, **Tobias Braune**

Verlag und **Anzeigenverwaltung**

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw, Zeitschriftenredaktion. Graf-Adolf-Straße 84. 40210 Düsseldorf

Gewähr übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung

INHALT



Düsseldorf

PÄDAGOGIK & HOCHSCHUL VERLAG dphv-verlagsgesellschaft mbH, Graf-Adolf-Straße 84, 40210 Düsseldorf. Tel.: 02 11 / 3 55 81 04, Fax: 02 11 / 3 55 80 95 Zur Zeit gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 24 vom 1. Oktober 2023

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine ihrer Verfasser wieder.

UNTER DER LUPE

3 Sven Christoffer: Sei ein Mensch!

BRENNPUNKT

Katrin Saniter-Hann: Beziehungen statt Bürokratie

JUNGE LEHRER NRW

Tobias Braune: Wann kommt AIS?

TITEL

Sarah Wanders: Ein Schritt 10 in die richtige Richtung Kommentar von Olaf Korte: 12 Es braucht mehr als einen Leitfaden

DOSSIER

Lisa Becker: Macht Künstliche 13 Intelligenz Lehrer überflüssig?

SCHULE & POLITIK

17 Zwischen Vision und Rebellion 18 »Hier wird ein Pfad bereitet« 20 Katastrophe, Hoffnung, Neubeginn 22 Pro und Contra Handyverbot

FORTBILDUNGEN

24 Den Horizont erweitern 24 Mülheimer Kongress: Jetzt anmelden

SENIOREN

26 Unterwegs in der Barockstadt Fulda 26 Paderborn erkunden, Glasmalerei erleben 27 Herbstfahrt nach Potsdam Mitreißende Musik 27 und kölsche Anekdoten

NACHRUF

28 Trauer um Jürgen Seidel

RECHT AUSLEGER

Christopher Lange: Lehrer machen Kasse 28

ANGESPITZT

Jochen Smets: Eine SchRÄGe Sache 30

HIRNJOGGING

31 Aufgabe 1: Chinesische Weisheit 31 Aufgabe 2: Was gehört zum Schulalltag? Aufgabe 3: Zusammengesetzte 31 Schulbegriffe



6

8







Sei ein Mensch!

Diese ebenso schlichte wie eindringliche Mahnung zu mehr Menschlichkeit und Toleranz scheint unsere Gesellschaft nötiger zu haben denn je. Und da Schule ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, darf es nicht wundernehmen, dass Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung nicht nur Teil der gesellschaftlichen Realität sind, sondern auch der schulischen. Am 26. und 27. November nimmt sich der 56. Mülheimer Kongress dieser Thematik an.

Text unter anderem:



von SVEN CHRISTOFFER

m April dieses Jahres erfuhren gleich zwei beschämende Ereignisse enorme mediale Aufmerksamkeit. So berichtete die *Neue Westfälische* zu Monatsbeginn, dass der neunte Jahrgang des Helmholtz-Gymnasiums im Sommer 2024 zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen in die Lüneburger Heide reiste. Dort kam es zu einem bestürzenden Vorfall: Einzelne Schüler sangen die umgedichtete Version des 90er-Jahre-Hits 'L'amour toujours' von Gigi d'Agostino, die nach dem Vorfall auf Sylt als neue Nazi-Hymne gilt. Der

Knapp eine Woche später berichtete unter anderem der WDR, am St. Angela Gymnasium in Bad Münstereifel sei es während der Abi-Mottowoche zu einem irritierenden Vorfall gekommen: Schüler sollen ebenfalls rassistische Lieder gesungen haben. Laut Schulträger, dem Erzbistum Köln, habe die Schulleitung den Vorfall mit Bestürzung zur Kenntnis genommen und aufs Schärfste kritisiert. Statt fröhlichen Abi-Feierlichkeiten arbeite die Schule nun da-

»Deutschland den Deutschen, Ausländer raus.«

Laut Erzbistum solle der Vorfall »schulintern umfassend pädagogisch aufgearbeitet werden«.

ran, das Verhalten der Verantwortlichen zu ahnden.



Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Schule tatkräftig und entschlossen begegnen:

Diesem Ziel hat sich unter anderem das Netzwerk 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage' verschrieben. Vertreter des Netzwerks werden auf dem Mülheimer Kongress einige Best-Practice-Beispiele vorstellen.

Obacht statt Generalverdacht

Auch wenn diese Ereignisse erschrecken, so bleiben sie doch Einzelfälle. Daraus einen Generalverdacht gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen abzuleiten, wäre absurd. Obacht ist aber trotzdem geboten. Wenn 20,8 Prozent der Deutschen bei der Bundestagswahl der AfD ihre Stimme geben (und damit einer Partei, die vom Verfassungsschutz mittlerweile in ihrer Gänze als gesichert rechtsextrem eingestuft wird), haben wir ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich über alle Altersschichten erstreckt. Dafür spricht auch, dass der Zuspruch zur AfD bei den Wahlen bei den 18- bis 24-Jährigen mit 21 Prozent nahezu exakt im Durchschnitt des Gesamtwahlergebnisses lag. Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass die Bindung zu den etablierten Parteien der demokratischen Mitte bei den Jungwählern drastisch abgenommen hat (CDU/CSU 13 Prozent, SPD 11 Prozent, Grüne 10 Prozent, FDP 5 Prozent), während Linke (26 Prozent) und BSW (6 Prozent) extrem erfolgreich waren.

Eine Botschaft senden

Vom Mülheimer Kongress geht auch immer eine Botschaft aus. In diesem Jahr lautet sie: Wir müssen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Schule tatkräftig und entschlossen begegnen! Es freut mich deshalb sehr, dass uns zahlreiche hochkarätige Expertinnen und Experten für den 26. und 27. November ihre Zusage gegeben haben:

- Jörg Rensmann von RIAS NRW, der offiziellen Meldestelle für antisemitische Vorfälle, wird in seinem Vortrag 'Das Lagebild Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen Einstellungen, Ausdrucksformen, Herausforderungen' die deutliche Zunahme vor allem von israelbezogenem Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 (dem Terrorangriff der Hamas auf Israel) aufzeigen.
- Katja Kuklinski, Mitarbeiterin bei der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit/ Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), wird die Sicht der Betroffenen mit eindrücklichen Beispielen aus ihrer Beratungstätigkeit deutlich machen.
- **Dr. Rüdiger Fleiter,** Historiker und Redakteur beim Ernst Klett Verlag, nimmt die 'Darstellung jüdischen Lebens im Schulbuch' in den Blick. Der Präsident des Zentralrats der Juden,

Josef Schuster, hatte ebendiese Darstellung vor einigen Jahren scharf kritisiert. Daraufhin beauftragte das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, die Darstellung von Jüdinnen und Juden, jüdischer Geschichte, Kultur und Religion in Lernmitteln zu untersuchen. 2024 folgten schließlich eine gemeinsame Erklärung und gemeinsame Empfehlungen des Zentralrats der Juden in Deutschland, des Verbandes Bildungsmedien und der Kultusministerkonferenz unter der Überschrift 'Darstellung des Judentums in Bildungsmedien'.

- Florian Beer (SABRA) und Dr. Marc Grimm von der Bergischen Universität Wuppertal haben in ihrem Buch 'Eine sichere Schule für Jüdinnen und Juden' einen Leitfaden für die antisemitismuskritische Schulentwicklung in 35 Fragen und Antworten entwickelt. Sie werden aus diesem praxisorientierten Leitfaden vortragen, der konkrete Handlungsempfehlungen bietet, um Schulen zu Orten der Sicherheit und Wertschätzung für Jüdinnen und Juden zu machen.
- Andrea Stern (Regionalkoordinatorin Mülheim an der Ruhr) und Christian Hüttemeister (Landeskoordinator für den Regierungsbezirk Düsseldorf) werden das Netzwerk 'Schule ohne Rassismus Schule mit Courage' vorstellen und gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften der Mülheimer Willy-Brandt-Schule Best-Practice-Beispiele geben.
- Ina Holev, Medienkulturwissenschaftlerin, referiert zum Themenfeld 'Diskriminierung und Intersektionalität'. Intersektionale Diskriminierung liegt vor, wenn eine Person oder Personengruppe aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert wird und diese derart ineinandergreifen, dass sie eine eigene, neue Form von Diskriminierung ergeben.

Wir haben also ein qualitativ hochwertiges Programm auf die Beine gestellt, und deshalb würden wir uns natürlich sehr freuen, Sie auf unserem 56. Mülheimer Kongress begrüßen zu dürfen.

Davor liegen aber noch die Sommerferien, für die ich Ihnen maximale Erholung wünsche. Sie haben es sich verdient!







Unser 0, mix-Konto

Kontoführungsgebühren 2 Jahre geschenkt¹ Wechseln war noch nie so einfach!

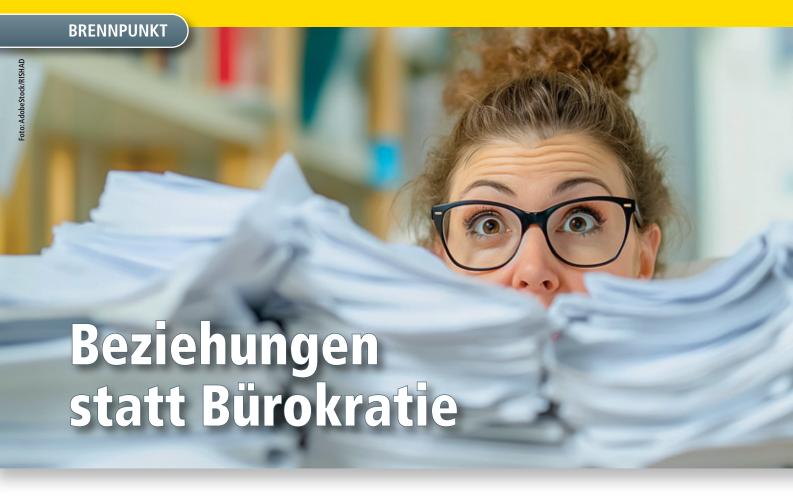
- √ 150 € Willkommensprämie²
- ✓ On Top: 50 € für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen
- Einfacher Kontowechsel zum BBBank-Girokonto



Direkt abschließen unter

bbbank.de/dbb

¹24 Monate kostenfreie Kontoführung bei Online-Überweisungen (danach monatliches Kontoführungsentgelt 2,95 Euro bei Online-Überweisungen). 24 Monate kostenfreie girocard mit Kontaktlosfunktion (Ausgabe einer Debitkarte), danach 11,95 Euro p.a. Aktionszeitraum für Eröffnung ein Imitiert vom 15.05.2025 bis zum 31.08.2025. ¹Voraussetzungen Startprämie: 50. Euro für die Eröffnung einer BBBank-Girokontos mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: mtl. Kontoführungsentgelt I. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten). Weitere 100,- Euro Startprämle bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzu von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Anderungen, Anssungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten: Start der Aktion: 01.11.2024. Diese Prämien sind sonstige Einkünfte gem. 5 22 Nr. 3 EStG, welche in der Steuererklärung angegeben werden müssen. Hierbet gilt jedoch eine Freigrenze (nicht Freibetrag) von 256,- Euro je Kalenderjahr für alle derartigen Einkünfte. Ab 256,- Euro je Kalenderjahr muss der volle Betrag versteuert werden Hier ist ggf. auf den Steuerberater zu verweisen.



Bürokratie an Schulen in Nordrhein-Westfalen ist eine Last, die gelindert werden muss, damit Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr Zeit für ihr Kerngeschäft bekommen.



von KATRIN SANITER-HANN

n Nordrhein-Westfalen stehen die Schulen, insbesondere die integrierten Schulformen, vor einer zunehmenden Herausforderung: der überbordenden Bürokratie. Lehrkräfte und Schulleitungen berichten von immer mehr administrativen Aufgaben, die viel Zeit und Energie erfordern. Diese Aufgaben verschlingen wertvolle Zeit, die für den Unterricht und die direkte pädagogische Arbeit genutzt werden könnte. Sie werden oft als sinnleer empfunden und führen zu zunehmender Frustration und Überlastung.

Dokumentationspflichten, Antragsverfahren und Statistiken anstelle pädagogischer Arbeit

Ein Beispiel für die Bürokratiebelastung sind die umfangreichen Dokumentationspflichten, die mit der Umsetzung individueller Förderpläne für Schülerinnen und Schüler verbunden sind. Diese Förderpläne sind wichtig, um individuellen Bedürfnissen ge-

recht zu werden. Dennoch erfordert ihre Erstellung und Pflege einen erheblichen zeitlichen Aufwand und ist fragwürdig, da oft die personellen Ressourcen für die Umsetzung fehlen.

Ein weiteres Beispiel ist die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln für schulische Projekte. Die damit verbundene Bürokratie ist enorm: Von der detaillierten Projektbeschreibung über die Kostenaufstellung bis hin zur Abrechnung und Berichterstattung nach Abschluss des Projekts – jeder Schritt erfordert eine akribische Dokumentation und nimmt viel Zeit in Anspruch. Hinzu kommen die seitens der Schulaufsichtsbehörden oftmals verlangten statistischen Erhebungen über den Unterrichtsausfall, die Zusammensetzung der Schülerschaft oder die Ergebnisse zentraler Prüfungen.

Lehrkräfte verbringen unzählige Stunden mit dem Ausfüllen von Formularen, Dateneingabemasken und Berichten, anstatt diese Zeit für den direkten Unterricht und die Beziehungsarbeit mit ihren Schülerinnen und Schülern zu nutzen.

Die besondere Situation der Gesamtschulen

Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen stehen vor speziellen Herausforderungen, die die Belastung durch Verwaltungstätigkeiten weiter verstärken. Aufgrund ihres integrativen Ansatzes und der Vielfalt der angebotenen Bildungsgänge müssen Gesamtschulen besonders viel dokumentieren. Dazu gehören nicht nur die üblichen Schul- und Leistungsnachweise, sondern auch besondere Fördermaßnahmen und Berufsvorbereitung. Aufgrund der verschiedenen Abschlüsse, die an Gesamtschulen erworben werden können (zum Beispiel Erster Schulabschluss nach Klasse 9 und 10, Mittlerer Schulabschluss, schulischer Teil des Fachabiturs, Abitur), müssen Lehrkräfte umfangreiche Aufzeichnungen über die Leistungen und am Ende der Sekundarstufe I über die weiteren Bildungs- und Berufswege ihrer Schülerinnen und Schüler im Einzelnen führen. Diese Dokumentationspflichten sind notwendig, aber gleichzeitig extrem zeitaufwendig und belasten die Lehrkräfte zusätzlich.

Bürokratie kostet jede Menge Zeit und Nerven. Es gibt Wege, Lehrkräfte zu

entlasten und ihnen mehr Zeit für bestmögliche Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler zu verschaffen. Doch die Beharrungskräfte sind offenbar groß...



Um die Situation zu verbessern und die pädagogische Arbeit zu stärken, sind konkrete Maßnahmen zur Einschränkung der Bürokratie dringend erforderlich. Folgende Ansätze könnten dabei helfen:

Digitale Lösungen

Der Einsatz moderner IT-Systeme könnte viele bürokratische Prozesse vereinfachen und beschleunigen. Zum Beispiel könnten digitale Förderpläne und Leistungsnachweise die Dokumentationspflichten der Lehrkräfte deutlich reduzieren. Durch zentrale

Datenbanken könnten Informationen effizienter verwaltet und abgerufen werden. Manche Schulen setzen schon auf digitale Kommunikationssysteme, die zum Teil mit einem elektronischen Klassenbuch verbunden sind, um das Formulieren und Verwalten obligater Elternbriefe oder das Entschuldigungsverfahren von Eltern für ihre Kinder zu vereinfachen.

Zentralisierung und Standardisierung

Die Vereinheitlichung und Reduzierung von Formularen und Prozessen könnte die Bürokratie an Schulen erheblich verringern. Wozu muss zum Beispiel bei der Beantragung eines Klassenausflugs nicht nur das komplizierte zweiseitige Formular der Bezirksregierung, sondern zusätzlich auch noch ein – an jeder Schule etwas anders gestaltetes – Genehmigungsformular für die Schulleitung ausgefüllt werden, selbst bei obligatorischen Veranstaltungen? Wenn alle Schulen in Nordrhein-Westfalen auf standardisierte, entschlackte Vorlagen und Abläufe zurückgreifen könnten, würde dies den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren.

Zusätzliche Unterstützungskräfte

Schulverwaltungsassistenten könnten Lehrkräfte und Schulleitungen entlasten. Diese Kräfte könnten sich um die Antragsstellung, Dokumentation und Berichterstattung kümmern, sodass Lehrkräfte mehr Zeit für die pädagogische Arbeit hätten.

Weniger ist mehr – individuelle und kleinschrittige Verbesserungsansätze

Und schließlich müssten die Lehrerkollegien sich fragen, was sie selbst in kleinen Schritten vor Ort verbessern und worauf sie verzichten könnten, um mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben zu haben. Muss zum Beispiel wirklich jede im Jahresterminplan ausgewiesene Konferenz (in Präsenz) stattfinden? Möglich wären auch hier digitale Lösungen.

→ Ausblick

Die Bürokratie an Schulen in Nordrhein-Westfalen stellt eine erhebliche Belastung dar, die es erschwert, tragfähige Beziehungen herzustellen und die Qualität der Bildung zu sichern. Durch den Einsatz digitaler Lösungen, die Zentralisierung von Prozessen, zusätzliche Unterstützungskräfte und das Infragestellen mancher Traditionen könnten Lehrkräfte und Schulleitungen erheblich entlastet werden. Dies würde es ihnen ermöglichen, sich wieder verstärkt auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren: die bestmögliche Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler. Nur so kann Schule in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig und gerecht gestaltet werden.



Katrin Saniter-Hann ist stellvertretende Vorsitzende des *lehrer nrw* E-Mail: saniter-hann@lehrernrw.de



Motivierte Mitarbeiter unterstützen Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem persönlichen Rahmen. Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe



Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken www.schlossklinik.de





Von hieran geht es aufwärts!

Am Parkgürtel von Baden-Baden bieten wir Ihnen eine intensive, individuelle Psychotherapie, sicheres Auffangen von Krisen, kreative Stärkung Ihres Potentials und erlebnisintensive Aktivitäten. Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Info-Telefon 07221/393930

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden www.leisberg-klinik.de





Das Adaptive Intelligente System (AIS) ist eine digitale Plattform, die mithilfe von künstlicher Intelligenz das Lehren und Lernen gerechter, moderner und effizienter machen soll. Doch im Moment herrscht Stillstand. Ein Scheitern des Projekts wäre fatal.



von TOBIAS BRAUNE

eit Jahren stehen wir vor denselben Herausforderungen: heterogene Lerngruppen, ein wachsender Förderbedarf, Zeitdruck, Lehrkräftemangel, hohe Arbeitsbelastung, zunehmende Bürokratie, technische Hürden, aber auch digitale Tools, die nicht immer unterstützen. Dass digitale Bildung mehr sein muss als PDF-Arbeitsblätter im digitalen Klassenzimmer, ist uns allen

klar. Umso vielversprechender erschien ein Projekt, das endlich echten Fortschritt versprach: AIS – das Adaptive Intelligente System. Eine KI-gestützte Lernplattform, die in der Lage sein soll, sich individuell auf den Lernstand, das Lerntempo und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzustellen. Doch aktuell ist das Projekt ins Stocken geraten – ausgerechnet durch Probleme im Vergabeverfahren.

Die Entwicklung von AIS wurde gemeinsam von Bund und allen sechzehn Bundes-

ländern angestoßen. Die Umsetzung liegt beim FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, einem zentralen Medieninstitut der Länder. Ziel ist eine bundesweit einsetzbare, einheitliche Plattform und nicht noch ein Flickenteppich aus lokalen Softwarelösungen. Finanziert wird das Projekt über den DigitalPakt.

₩ Was ist AIS?

AIS steht für Adaptives Intelligentes System. Eine digitale Plattform, die mithilfe von

JUNGE LEHRER NRW

künstlicher Intelligenz den Lernprozess unterstützen soll. Anders als klassische Lernplattformen soll AIS in der Lage sein, Lernverhalten zu analysieren und personalisierte Inhalte anzubieten. Die Plattform soll erkennen, wo es hakt, direkt Rückmeldung geben und Lernmaterial kontinuierlich anpassen können. Für uns Lehrerinnen und Lehrer sollen dadurch zeitliche Freiräume entstehen, in denen wir uns zum Beispiel gezielter einzelnen Schülerinnen und Schülern widmen oder pädagogische Schwerpunkte setzen könnten. Zudem soll AIS transparente Einblicke in die Lernfortschritte unserer Schülerinnen und Schüler bieten, um individuelle Förderung noch gezielter gestalten zu können. Routineaufgaben wie Korrekturen, Diagnose oder Differenzierung sollen teilweise automatisiert ablaufen. Es spricht viel dafür, dass AIS eine Plattform wäre, die tatsächlich eine spürbare Hilfe sein könnte.

Warum brauchen wir so ein System?

Wir übernehmen heute Aufgaben, die von der sozialpädagogischen Betreuung über Sprachförderung bis hin zur Integration und Inklusion reichen. Gleichzeitig werden die Lerngruppen immer heterogener. Diese Vielfalt ist eine Chance, aber sie stellt uns täglich vor enorme Herausforderungen. AIS entstand aus diesem Gedanken heraus. Das System sollte hier ansetzen und eine gezielte, intelligente Entlastung im Schulalltag leisten. Dabei kann AIS natürlich kein Ersatz für pädagogisches Handeln sein, sondern lediglich ein unterstützendes Werkzeug.

Die Idee zu AIS war aus meiner Sicht eine der wenigen bildungspolitischen Initiativen der letzten Jahre, die sich wirklich an den konkreten Bedürfnissen von Lehrerinnen und Lehrern orientiert hat. Statt symbolischer Schulpolitik wurde hier ernst genommen, was für uns seit Jahren Realität ist: Die Anforderungen an uns Lehrkräfte nehmen stetig zu und reichen inzwischen weit über den traditionellen Bildungsauftrag hinaus. Gleichzeitig gewinnt künstliche Intelligenz in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung - auch im Bildungsbereich. AIS versprach, beide Entwicklungen sinnvoll miteinander zu verbinden. Dass die Politik diesen Bedarf erkannt und entsprechend gehandelt hat, macht das Projekt umso bedeutsamer, seine aktuelle Verzögerung umso bedauerlicher.

Stillstand wegen Vergabeverfahren

Leider verzögert sich das gesamte Vorhaben massiv. Der Grund ist, dass ein Bieter das Vergabeverfahren juristisch angefochten und Recht bekommen hat. Das bedeutet, dass das FWU das Verfahren im März 2025 komplett aufheben musste, um langwierige Prozesse zu vermeiden. Ein neuer Anlauf ist zwar geplant, aber bis zur erneuten Ausschreibung, Neuvergabe, Entwicklung und Pilotphase dürfte wertvolle Zeit verloren gehen. Der ursprünglich angepeilte Start im Jahr 2026 ist inzwischen höchst unwahrscheinlich.

Fazit: Ein Projekt mit Potenzial. das nicht scheitern darf

Aus meiner Sicht könnte AIS eine dringend benötigte Antwort auf die Realität in unseren Klassenzimmern sein. Wenn wir Schule gerechter, moderner und effizienter machen wollen, brauchen wir Systeme, die personalisiertes Lernen auf sinnvolle Weise unterstützen. AIS verspricht genau das - eine intelligente, staatlich entwickelte Plattform, die Lehrerinnen und Lehrer nicht ersetzt, sondern unterstützt. Die aktuelle Verzögerung ist daher umso frustrierender und verdeutlicht einmal mehr, wie schwierig es in Deutschland ist, große Bildungsprojekte schnell und effektiv umzusetzen. Jetzt liegt es an der Politik und den beteiligten Institutionen, nicht den Mut zu verlieren, sondern mit neuem Schwung und der nötigen Klarheit das Verfahren neu zu starten.

Denn: Die Schülerinnen und Schüler sind bereit. Die Lehrerinnen und Lehrer sind bereit. Es wird Zeit, dass auch das System es ist.





@ service@djh-rheinland.de

Ein Schritt in die richtige Richtung

Sicher handeln bei Gewalterfahrungen von Beschäftigten an Schulen: So lautet der Titel eines Leitfadens, den das NRW-Schulministerium herausgegeben hat. Nötig sind aber noch weitere Schritte, um die zunehmende Gewalt an Schulen einzudämmen.





von SARAH WANDERS

ereits seit Jahren treibt uns das Thema Gewalt gegen Beschäftigte an Schulen um. In zahlreichen Artikeln in unserer Verbandszeitschrift haben wir über die besorgniserregende Zunahme von Gewalt in unseren Schulen berichtet und klare Forderungen an die Verantwortlichen im Schulministerium formuliert. Auch die Umfragen der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass dieses Thema nach wie vor ein gravierendes Problem in den Schulen unseres Landes darstellt. Bereits seit Jahren setzen wir uns für mehr Schutz und Rückendeckung für die Beschäftigten an Schulen ein und haben dieses Thema folgerichtig auch zu einem der Schwerpunktthemen in unserem letzten Personalratswahlkampf gemacht.

Was wir bereits erreicht haben

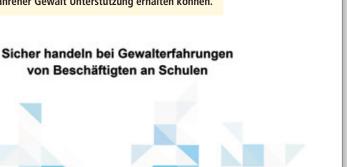
Zunächst haben wir bereits vor Jahren als Verband wie auch über den Hauptpersonalrat Realschule, in dem lehrer nrw den Vor-

sitz stellt, gefordert, dass es in jeder Bezirksregierung Ansprechpersonen geben muss, an die sich Betroffene nach erfahrener Gewalt wenden können, denn das Schlimmste für die von Gewalt betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist es, wenn sie mit dieser Erfahrung allein gelassen werden. Nach zähem Ringen konnten wir diese Forderung durchsetzen.

Auf zahlreichen Gemeinschaftlichen Besprechungen des HPR Realschule zunächst mit der damaligen Schulministerin Yvonne Gebauer, später mit Staatssekretär Dr. Urban Mauer und der aktuellen Schulministerin Dorothee Feller diskutierten wir dieses Thema und forderten - wie auch im Personalratswahlkampf von lehrer nrw – absolute Rückendeckung durch den Dienstherrn. So

Der Leitfaden 'Sicher handeln bei Gewalterfahrungen von Beschäftigten an Schulen' erläutert auf 15 Seiten, wie Beschäftigte an Schulen nach erfahrener Gewalt Unterstützung erhalten können.

von Beschäftigten an Schulen



3ild: MSB NRW



ist es auch unserem Einsatz zu verdanken, dass Ministerin Feller dieses Thema zur Chefinnensache erklärte.

Viele Bausteine, aber noch kein Gesamtkonzept

Am 24. Januar 2025 veröffentlichte das Schulministerium unter dem Titel 'Gewalt hat an unseren Schulen keinen Platz' eine Pressemitteilung, in der noch einmal zusammengefasst wurde, welche Maßnahmen man bereits ergriffen habe bzw. welche Unterstützungsangebote für Beschäftigte an Schulen bereitgestellt werden.

Hierzu zählen:

- Notfallordner 'Hinsehen und Handeln' inklusive eines Handbuchs zur Krisenprävention
- Sprech:ZEIT 24/7 der BAD GmbH (anonyme telefonische Beratung)
- FAQ-Liste zum Thema Gewalt an Schulen im Bildungsportal
- Digitale Informationsveranstaltungen
- Verdopplung der SystEx-Stellen (Fachkräfte für Systemische Extremismusprä-

- vention, angesiedelt bei den schulpsychologischen Diensten)
- Programm 'MindOut' (Bericht in lehrer nrw 2/2025)
- Unterstützung der kommunalen Schulsozialarbeit über das Landesprogramm 'Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen'

Dies alles sind wichtige Bausteine zur Bekämpfung von Gewalt an unseren Schulen und zur Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen bei erfahrener Gewalt. Was nach unserer Auffassung jedoch nach wie vor fehlte, war ein Konzept, das Betroffenen kurz und klar aufzeigt, welche Schritte bei erfahrener Gewalt einzuleiten sind. Denn es sollte jedem klar sein, dass man sich in so einem Fall in einer absoluten Ausnahmesituation befindet, in der Betroffene nicht zuerst eine umfangreiche Recherche zu den zur Verfügung stehenden Unterstützungsangeboten durchführen können, um zu wissen, wie und von wem Hilfe zu erwarten ist.

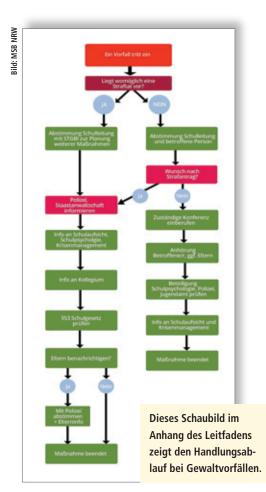
▶ Leitfaden: Sicher handeln bei Gewalterfahrungen von Beschäftigten an Schulen

Die Forderung nach so einem kurzen und klaren Wegweiser bei erfahrener Gewalt hat das Ministerium für Schule und Bildung aufgegriffen und am 9. April 2025 einen Leitfaden veröffentlicht. »Es ist dem Ministerium für Schule und Bildung und mir persönlich ein Anliegen, Ihre Handlungssicherheit in dem Bewusstsein herzustellen und zu fördern, dass Sie Unterstützung durch die Schulaufsichtsbehörden erhalten. Wir werden an dem Thema zusammen mit den Schulaufsichten weiterarbei-

Der Leitfaden zum Download:



https://www.schulministerium.nrw/ system/files/media/document/file/ leitfaden_sicher_handeln_bei_gewalt.pdf



ten; Schule muss für alle Beteiligten ein geschützter Raum sein«, stellte Staatssekretär Dr. Mauer in der Begleitmail an die Schulen klar. Der Leitfaden stellt Handlungsoptionen bei Gewaltvorfällen in kompakter Form dar und soll den Beschäftigten helfen, konsequent und rechtssicher zu reagieren. Es werden in tabellarischer Form Handlungsempfehlungen und die jeweils beteiligten Personen benannt. Hierbei wird zwischen Situationen unterschieden, bei denen aufgrund der Schwere der Tat eine Meldung an die Polizei erfolgen muss, und Situationen, in denen ggf. pädagogische Maßnahmen ausreichen. Die bereits existierenden weiteren Unterstützungsmaßnahmen werden ergänzend genannt. Ein Schaubild im Anhang verdeutlicht den Handlungsablauf bei Gewaltvorfällen (siehe Grafik oben).

Was noch fehlt: Ein einheitliches, niedrigschwelliges Meldeverfahren

Angesichts der Tatsache, dass das MSB nicht über valides Datenmaterial zu Anzahl und > Art von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte an Schulen verfügt (weil es diese Daten auch gar nicht erhebt), ist von einer enorm hohen Dunkelziffer auszugehen. Deshalb fordert lehrer nrw schon seit Jahren ein landeseinheitliches und niedrigschwelliges Meldeverfahren. Dieses hätte ebenfalls dem Leitfaden zum Beispiel in Form eines Meldebogens anhängen können. Das Ministerium darf nicht die Augen vor dem Ausmaß des Problems verschließen.

Kritische Rückmeldungen erreichten uns bereits von Beschäftigten bezüglich der Handlungsempfehlungen zum Bereich 'Akute Intervention (Gefahrenabwehr)'. Hier wird den Angegriffenen unter anderem geraten, das Gesichtsfeld des Angreifers zu verlassen und diesen nicht zu provozieren. Objektiv betrachtet, sind solche Empfehlungen natürlich korrekt. Subjektiv betrachtet, empfinden Beschäftigte berechtigterweise Befremden darüber, vor Schülerinnen und Schülern flüchten zu sollen. Dies war sicherlich nicht Bestandteil ihrer pädagogischen Ausbildung.

Ergänzend hat das Ministerium die Verantwortlichen in den Bezirksregierungen durch Andreas Müller, Richter am Verwaltungsgericht Düsseldorf, zum Thema 'Erzieherisches Einwirken und Schulordnungsmaßnahmen' schulen lassen. Einen entsprechenden Podcast mit Richter Andreas Müller zu diesem Thema finden Sie auch im Bildungsportal.

Dieser Leitfaden ist ein nächster Schritt in die richtige Richtung. Er erfüllt eine langjährige Forderung von lehrer nrw, auch wenn er sicherlich nicht alle Fragen der Beschäftigten beantwortet. Im Optimalfall sind unsere Schulen sichere Orte für alle am Schulleben Beteiligten, frei von Gewalt. Solange wir aber diesen Optimalzustand nicht herstellen können – Schule ist schließlich ein Spiegelbild der Gesellschaft -, benötigen unsere Kolleginnen und Kollegen umfangreiche Unterstützung und absolute Rückendeckung durch den Dienstherrn bei erfahrener Gewalt.

Wir werden uns weiterhin für Sie einsetzen und Sie nicht im Stich lassen!



KOMMENTAR

Es braucht mehr als einen Leitfaden

er Leitfaden 'Sicher handeln bei Gewalterfahrungen von Beschäftigten an Schulen' zeigt betroffenen Personen Möglichkeiten der Intervention in drei Phasen auf. Die erste Phase richtet sich hauptsächlich an die unmittelbar betroffene Person und an mögliche Unterstützende, um einen Angriff oder eine Bedrohung abzuwehren oder gibt Empfehlungen, wie in einer solchen Situation reagiert werden soll. Selbstverständlich soll bzw. muss die Schulleitung bereits in dieser Phase über einen Vorfall informiert werden, um letztlich auch der Fürsorgepflicht nachkommen zu können.

Die Bedeutung der Schulleitung wird in den beiden anschließenden Phasen dadurch deutlich, dass sie bei jedem Schritt als Beteiligte aufgeführt ist. Ebenso ist der Abschnitt 'Weitere Maßnahmen' schwerpunktmäßig an Schulleitungen adressiert und soll ihnen bei der weiteren Aufarbeitung helfen. Der Schulleitung kommt somit eine verantwortungsvolle Aufgabe zu, die einerseits Empathie und andererseits auch professionellen Umgang erfordert. Da Schulleitungen sehr eng mit dem Kollegium arbeiten, kann diese Nähe auch für Schulleitungen eine emotional herausfordernde Ausnahmesituation darstellen. Zur Herstellung einer Handlungssicherheit bedarf es mehr als eines Leitfadens. Um als Schulleitung den von Gewalt betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine hilfreiche professionelle Unterstützung sein zu können, sollten Möglichkeiten angeboten werden, solche Situationen professionell vorzubereiten.

>> Schulleitungen brauchen Handlungssicherheit

Die Ausführungen zu den weiteren Maßnahmen und zu den Ordnungsmaßnahmen zeigen primär den juristischen Blick auf den weiteren Umgang mit einem Gewaltvorfall. Statt die Schulen bzw. die Schulleitungen bei der Anwendung § 53 (3) Nr. 5 'die Entlassung von der Schule' zu stärken, erfolgt der Hinweis, dass zu prüfen ist, ob erzieherische Maßnahmen ausreichen würden. Zwar wird im weiteren Text festgestellt, dass im Fall von Gewalt gegen an Schulen beschäftigte Personen Ordnungsmaßnahmen, wegen der Schwere der Tat, regelmäßig angebracht sein dürften. Doch vor der Anwendung der Entlassung von der Schule muss diese dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechend zunächst angedroht werden. Im Leitfaden wird dann zwar darauf verwiesen, dass auf die Androhung der Entlassung verzichtet werden kann, allerdings wird dies durch die differenzierte Bewertung der Schwere der Tat wieder eingeschränkt. Den Schulleitungen ist hier dringend zu empfehlen, vorab Kontakt mit den Dezernaten 48 aufzunehmen, um mögliche Maßnahmen rechtssicher durchzuführen.

Wenn es das Ministerium ernst meint, dann muss den Schulleitungen über den Leitfaden hinausgehende Unterstützung zur Verfügung gestellt werden, um angemessen und handlungssicher auf Gewalterfahrungen von Beschäftigten an Schulen reagieren zu können. **Olaf Korte**

Leiter der Realschule Kastanienallee, Velbert Leiter des Referats Schulleitung im lehrer nrw

Zwischen Vision und Rebellion

Die Cornelsen Schulleitungsstudie 2025 ist erschienen. Die dritte Ausgabe der Erhebung nach 2022 und 2023 zeigt: Deutschlands Schulleitungen sehen sich als visionäre Reformer.



Die Unzufriedenheit unter den Schulleitungen ist nicht mehr ganz so ausgeprägt wie 2022 und 2023, aber dennoch ist die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation bei mehr als der Hälfte der Befragten in den letzten zwölf Monaten 'gesunken' (19 Prozent) bzw. 'eher gesunken' (35 Prozent).

eutschlands Schulleitungen treiben Reformen voran – sechzig Prozent sind sogar bereit, rechtliche Vorgaben dafür zu umgehen. Mehr als 2000 Schulleiterinnen und Schulleiter haben an der repräsentativen Befragung teilgenommen, die das FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie zusammen mit dem Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Hurrelmann herausgegeben hat. »Die Schulleitungen sehen sich als Akteure des Wandels. Wenn es nach ihnen ginge, wäre Deutschland schon sehr viel weiter bei der Transformation des Schulsystems hin zu mehr Autonomie, Gerechtigkeit und Zukunftsorientierung«, so Hurrelmann. Unter Schulleitungen mache sogar das Wort von der »Exzellenz durch Regelbruch« die Runde.

Schulen im Stress

Diverse Belastungen setzen Schulleitungen und Schulen unter Stress. Der Personal-

mangel bleibt der größte Stressfaktor für Schulen – an jeder zweiten fehlen Lehrkräfte. Ohne Quereinsteiger und Studierende wäre der Schulalltag kaum zu stemmen. Erstmals liegt die Gesundheit von Lehrkräften und Schülern mit 48 Prozent auf Platz zwei der dringlichsten Schulleitungsthemen. 2023 nannten gerade einmal 24 Prozent die Gesundheit als dringliches Thema. Zudem erschweren gesellschaftliche Spannungen, etwa zunehmender Rechtsextremismus, eine demokratische Schulgestaltung.

Digital zu mehr Lernerfolg

Gute Nachrichten gibt es zum Thema Digitalität. Denn drei von vier Befragten sind mit der digitalen Infrastruktur ihrer Schulen zufrieden. Anders als in den Schulleitungsstudien zuvor (2022 und 2023) gehört die digitale Ausstattung nicht mehr zu den fünf dringlichsten Schulleitungsthemen. Mit 90 Prozent stimmen fast alle Befragten der Aussage zu, dass die Digitalisierung individualisierte Lernprozesse unterstützt und damit enorme Potenziale für mehr Lernerfolg birgt. KI wird für Schulleitungen in den nächsten fünf Jahren ein zentrales Thema werden. Besonders bei Lernerfahrungen (60 Prozent) und Prüfungen (55 Prozent) erwarten sie große Veränderunaen durch KI.

DIE STUDIE

Die Cornelsen Schulleitungsstudie 2025 ist bereits die dritte Studie der Reihe. Sie umfasste eine Online-Befragung sowie qualitative Interviews. Insgesamt wurden online 2405 Schulleitungen befragt, davon 2063 Schulleitungen von allgemeinbildenden Schulen sowie 342 Schulleitungen beruflicher Schulen. Zusätzlich wurden 24 qualitative Interviews durchgeführt.





Die Studie steht in einer 24-seitigen Kurzfassung und einer 114-seitigen Langfassung zum Download zur Verfügung:

www.cornelsen.de/schulleitungsstudie/download

»Hier wird ein Pfad bereitet«

Das 17. Schulrechtsänderungsgesetz (17. SchRÄG) ist beschlossen. Und es dürfte Konsequenzen für die Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen haben, die heute noch gar nicht absehbar sind.

es im Gesetzestext heißt. Dabei werden Realschülerinnen und -schüler ab Klasse 7 im Klassenverband mit Hauptschülerinnen und -schülern unterrichtet, so dass de facto eine integrierte Schulform entstünde.

Längst überwundene Schulstrukturdebatten neu befeuert

»Die Realschule mit Hauptschulzweig dürfte für die Schulträger vor allem aus Kostengründen interessant sein – pädagogisch widerspricht sie jeglicher Logik und Vernunft«, betonte Sven Christoffer, Vorsitzender von lehrer nrw, in einer Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag am 25. März sowie in mehreren Presse-Interviews. »Die schwarz-grüne Landesregierung setzt hier ohne Not einen Mechanismus in Gang, der das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen drastisch verändern und längst überwundene Schulstrukturdebatten neu befeuern kann«, mahnte Christoffer.

Schulministerin Dorothee Feller versuchte in der Landtagsdebatte am 21. Mai, die-

> se Befürchtungen zu zerstreuen: »Die Einrichtung eines Hauptschulbildungsgangs an einer

Realschule kommt nur dann ausnahmsweise in Betracht, wenn keine ausreichende Schülerzahl vorhanden ist, um eine neue Hauptschule zu gründen, das nächste Hauptschulangebot geografisch weit entfernt ist und nur mit langen Fahrzeiten für die Schülerinnen und Schüler erreicht werden kann und wenn die zuständige Aufsichtsbehörde die Einrichtung eines Hauptschulzweiges genehmigt.« Ob die CDU

Passt nicht! Aber die Landesregierung will trotzdem zusammenfügen, was nicht zusammengehört.

as Kernproblem am Schulgesetz ist aus Sicht von lehrer nrw der Paragraf 15. Er ermöglicht es Schulträgern, an Realschulen künftig dauerhaft einen Hauptschulzweig einzurichten, und zwar »insbesondere wenn eine öffentliche Hauptschule in der Gemeinde oder im Gebiet des Schulträgers (...) nicht vorhanden ist«, wie

diese restriktive Haltung mit ihrem bekanntermaßen vom längeren gemeinsamen Lernen begeisterten Koalitionspartner im Rücken durchhalten kann, bleibt abzuwarten. Und ob nach der nächsten Wahl eine womöglich andere Landesregierung diese Linie beibehielte, ist erst recht fraglich.

Vorprogrammierte Überforderung

Aus Sicht von lehrer nrw ist es weder pädagogisch sinnvoll noch von den Lehrkräften leistbar, Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen Hauptschule und Realschule im Klassenverband nach zwei unterschiedlichen Kernlehrplänen zu unterrichten, unterstrich der Verbandsvorsitzende. »Die Realschule ist eine fundamentale Säule in der nordrhein-westfälischen Schularchitektur. Damit das so bleibt, wäre

es im Sinne der Bildungsqualität eine Mindestanforderung, dass Realschulen mit Hauptschulbildungsgang zwingend die Möglichkeit bekommen müssen, eigene Hauptschulklassen zu bilden.«

»Schlichtweg unfair«: Großes Medienecho

Das Thema schlug in den Medien ebenfalls hohe Wellen, auch überregional. So wurde Sven Christoffer unter anderem im Deutschlandfunk sowie im Online-Angebot der Zeit, der Süddeutschen Zeitung oder von n-tv zitiert. Ein gefragter Gesprächspartner war er auch für die Medien in Nordrhein-Westfalen, von der Rheinischen Post über die Neue Westfälische bis hin zum WDR. Viele Kommentare bewerteten das Gesetz und seine möglichen Folgen ebenfalls kritisch. So hält es die Neue Westfälische für »schlichtweg unfair«,

dass die Realschulen mit Hauptschul-Bildungsgang, anders als andere integrierte Schulformen, kaum mehr Ressourcen erhalten: »Mit einer auf diese Weise fast zum Nulltarif zusammengeschusterten neuen Schulform kann niemand Schülern, egal welcher Leistungsstärke, gerecht wer-

Und die Rheinische Post kommentierte: »Natürlich gibt es keinen Automatismus und keinen Zwang für Kommunen, Hauptschulen aufzugeben – aber hier wird ein Pfad bereitet. Das neue Schulgesetz soll die Möglichkeit, dass Realschulen Hauptschüler betreuen, dauerhaft zementieren. Und dies nicht erst ab Klasse sieben, sondern direkt von der fünften Klasse an. In der Praxis untergräbt dies Hauptschulstandorte und belastet die ohnehin überlasteten Realschulen.«

Jochen Smets

Private Akutklinik

Die Janus-Klinik in Hürth, nahe Köln, ist eine private Akutklinik für Psychosomatische Medizin, Psychotherapie und ganzheitliche Psychiatrie. Wir bieten mit 32 stationären Plätzen eine besonders intensive Behandlung für unsere Patientinnen und Patienten in einer geborgenen Atmosphäre mit drei psychotherapeutischen Einzelsitzungen und der Möglichkeit von nonverbalen Einzelsitzungen (je 50 Minuten) pro Woche an.



Kontakt:

Kranzmaarstraße 25 · 50354 Hürth bei Köln Tel.: 0223361977080 · Mail: info@janus-klinik.de



Lehrergesundheit im Fokus

Über 15 Jahre Erfahrung in der Behandlung und Beratung von Lehrerinnen und Lehrern

Sozialmedizinische Beratung zu spezifischen Themen wie

- Schwerbehinderung
- BEM Gespräche
- stufenweise berufliche Wiedereingliederung
- amtsärztliche Begutachtung
- Versetzungsanträge
- Angst vor vorzeitiger Pensionierung



Am 13. Mai gehen die Realschule und das Gymnasium Hochdahl in Erkrath in Flammen auf. Beide Gebäude sind nicht mehr zu retten. 1200 Kinder und zwei vielköpfige Kollegien haben ihre schulische Heimat verloren. Doch binnen Stunden rollt eine enorme Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft an.

Is der Anruf kommt, ist Uwe Heidelberg gerade eine Stunde zuhause. Am späten Nachmittag an jenem 13. Mai hatte der Schulleiter der Realschule Hochdahl in Erkrath nach einer Konferenz mit einigen Kolleginnen und Kollegen das Gebäude verlassen. Gegen 16:45 Uhr alarmiert der Hausmeister, der Brandgeruch und Rauchentwicklung wahrnimmt, die Feuerwehr. In Minutenschnelle stehen die benachbarten Gebäude der Realschule und des Gymnasiums Hochdahl im Vollbrand. Später wird sich herausstellen, dass ein Kurzschluss in der Photovol-

taikanlage das verheerende Feuer ausgelöst hat. Als Heidelberg am Unglückort eintrifft, bietet sich ihm ein apokalyptisches Bild. Das Gebäude steht in lodernden Flammen, eine riesige Rauchsäule wälzt sich schwarz und bedrohlich gen Himmel, sie ist kilometerweit zu sehen.



»Ihre Schule ist verloren«

Später kommt Erkraths Bürgermeister Christoph Schultz auf den Schulleiter zu: »Herr Heidelberg, Ihre Schule ist verloren.« – »Da musste ich erstmal schlucken«, sagt Uwe Heidelberg, der die RSH seit 2017 leitet. Für ihn, das Kollegium und die Schülerinnen und Schüler ist die Realschule Hochdahl nicht nur ein Lern- und Arbeitsort, sondern auch ein Lebensmittelpunkt. »Die Schule ist viel mehr als ein Gebäude«, wird Schülersprecherin Wiam Mansouri in der Rheinischen Post zitiert. Doch die Realschule und das Gymnasium sind nicht zu retten, wie sich nach Abschluss der Löscharbeiten herausstellt. Die Gebäude müssen abgerissen werden. Aber das Wichtigste ist:
Niemand wurde verletzt, beide Schulen sind leer, als das Feuer ausbricht.

Hoffnung und Dankbarkeit

Und so weichen Schock und Bestürzung in den nächsten Tagen allmählich Hoffnung und Dankbarkeit. Denn eine beeindruckende Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft kommt ins Rollen. Zig Schulleiter der umliegenden Schulen melden sich bei Uwe Heidelberg, bieten Unterstützung an. Firmen spenden große Geldbeträge. Die Hochdahler Chöre sammeln bei ihrem Sängerfest und spenden schließlich 1200 Euro für die Fördervereine der RSH und des Gymnasiums. Die haben in den ersten Tagen nach dem Großbrand, als an regulären Unterricht noch nicht zu denken ist, eine Reihe von Ausflügen für die jüngeren Schüler gesponsert, um sie nach dem Schockerlebnis auf andere Gedanken zu bringen und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.



In kürzester Zeit entsteht eine neue Busspur an der Sedentaler Straße in Hochdahl.

>> »Wir bleiben zusammen«

Auch auf kommunaler Ebene laufen die Drähte heiß. Und schon nach zwei Tagen steht die Lösung: Die Stadt Düsseldorf stellt im ehemaligen Schulgebäude des Schloß-Gymnasiums an der Hospitalstraße 45 im Stadtteil Benrath ab sofort 42 Klassenräume und drei Container zur Verfügung, die den rund 1200 Schülerinnen und Schülern beider Erkrather Schulen ausreichend Platz bieten. Die kurzfristige Unterbringung ist möglich,



Herzlicher Empfang: NRW-Schulministerin Dorothee Feller (3.v.l.), Thomas Schürmann (1.v.l.), Regierungspräsident der Bezirksregierung Düsseldorf, Dr. Stephan Keller (2.v.r.), Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorfs Stadtdirektor Burkhard Hintzsche (2.v.l.) und Christoph Schultz (1.v.r.), Bürgermeister der Stadt Erkrath, hießen Alexandra Flaig (4.v.l.), Schulleiterin des Gymnasiums Hochdahl, RSH-Leiter Uwe Heidelberg (4.v.r.), Wiam Mansouri (m.), Schulsprecherin der Realschule Hochdahl, sowie alle anderen Erkrather Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte am ehemaligen Schloß-Gymnasium in Düsseldorf willkommen.

da das Schulgebäude nach dem Umzug des Gymnasiums in einen Neubau an der Benrodestraße 132 seit Ende Februar 2025 teilweise leer steht. Nach den Sommerferien und dem Umzug der städtischen Realschule Benrath kann das Raumangebot sogar auf insgesamt siebzig Klassenräume erweitert werden. Uwe Heidelberg ist dankbar, erleichtert und begeistert zugleich: »Damit ist die anfängliche Befürchtung, dass unsere Schulgemeinschaft auseinandergerissen und auf mehrere Standorte verteilt werden muss. vom Tisch. Wir bleiben zusammen. «

Container-Schuldorf als Übergangslösung

Die Düsseldorfer Rheinbahn organisiert kurzerhand eine Sonder-Buslinie, um die Erkrather Schülerinnen und Schüler für die nächsten Monate zu ihrem vorübergehenden Schuldomizil zu bringen. Der Bauhof der Stadt Erkrath richtet dazu binnen vier Tagen auf der Sedentaler Straße in Hochdahl eine rund 120 Meter lange Busspur inklusive Haltestelle ein. Schon am 26. Mai, keine zwei Wochen nach dem Brand, kann der Unterrichtsbetrieb in Benrath starten.

Die Schülerinnen und Schüler der Realschule und des Gymnasiums in Hochdahl werden vorerst bis Februar 2026 im Benrather Schloß-Gymnasium unterrichtet. Danach kehren beide Schulen wieder an ihren alten Standort zurück. Dort wird zunächst ein Container-Schuldorf errichtet. Von dort aus können die Schülerinnen und Schüler dann beobachten, wie ihr neues Schulzentrum emporwächst.

Mehr als lernen

Schulleiter Uwe Heidelberg ist tief beeindruckt von der Unterstützung, Hilfsbereitschaft und Solidarität, die die RSH und das Gymnasium erfahren haben. »Das ist für mich auch über die aktuelle Betroffenheit unserer Schule hinaus ein Zeichen der Hoffnung für unsere Gesellschaft: Wenn es drauf ankommt, stehen die Menschen zusammen.«

Auf dem Schul-Logo der RSH sind drei Worte zu lesen: 'Mehr als lernen'. »Wir erleben in diesen Tagen, wie sehr das stimmt«, sagt der Schulleiter. Jochen Smets

INFO

Das **Spendenkonto des Fördervereins** der Realschule Hochdahl hat die IBAN DE71 3015 0200 0003 1021 67



In Nordrhein-Westfalen ist eine Debatte über ein mögliches Handyverbot in Schulen entbrannt.

Die Meinungen gehen dabei weit auseinander. Dies zeigen exemplarisch zwei Stellungnahmen des Bündnisses für humane Bildung und des JFF – Instituts für Medienpädagogik, die wir hier in Auszügen wiedergeben.

Bündnis für humane Bildung:

Digitale Bildungspolitik beenden, Smartphone-freie Schulen!

rin Appell von 75 Expertinnen und Experten aus Pädagogik und Medizin warnt die neue Bundesregierung eindringlich davor, im Bildungssystem weiterhin auf Digitalisierung zu setzen. Sie fordern einen Kurswechsel. Initiatoren des Appells im Bündnis für humane Bildung sind unter anderem der Medienpädagoge Prof. Ralf Lankau (Hochschule Offenburg), der Ordinarius für Schulpädagogik Prof. Klaus Zierer (Uni Augsburg) und der Psychiater Prof. Manfred Spitzer (Uni-Klinik Ulm).

In ihrem Appell fordern die Experten den Stopp der digitalen Bildungspolitik und Smartphone-freie Schulen. Grund: Die wissenschaftlich umfassend dokumentierten negativen Folgen für Kinder und Jugendliche durch Frühdigitalisierung erforderten eine grundlegende Neuorientierung der Bildungspolitik. Daher schlägt

CONTRA

JFF – Institut für Medienpädagogik:

Medienverbot? Alter Reflex mit wenig Zukunft!

as JFF – Institut für Medienpädagogik spricht sich klar gegen ein grundsätzliches Verbot von mobilen Endgeräten (vor allem Smartphones) im Unterricht aus. Darüber hinaus betrachtet es das JFF als kontraproduktiv, wenn digitale Netzwerke und Plattformen tabuisiert werden und Heranwachsende von deren Nutzung ausgeschlossen werden sollen. Ein solches realitätsfernes Verbot konterkariere medienpädagogische Bemühungen um größtmögliche Befähigung junger Menschen für eine kritische Mediennutzung und die Förderung von medial gestützter Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen.

In einem Positionspapier, das das Institut am 28. April veröffentlicht hat, heißt es unter anderem: »Ein reflektiertes Zusammenspiel aus privater und lernorientierter Nutzung (von Online-Medien und Endgeräten) ist zielführend. Bildungsorte müssen Lern- und

PRO

das Bündnis Alternativen zur Nutzung digitaler Geräte und Medien in Kita, Grundschule und Unterstufe vor. »Denn die Erziehung zu selbstbewussten Kindern und Jugendlichen gelingt viel besser ohne Digitalisierung. Dann setzen die Jugendlichen die digitalen Medien zum Beispiel ab der Mittelstufe reflektiert ein, statt von Tech-Konzernen, Geräten und Anwendungen abhängig zu werden«, heißt es in dem Appell.

»Die Digitalisierung in Schulen hat nicht zu besseren Bildungsergebnissen geführt – im Gegenteil«, analysiert der Medienwissenschaftler Prof. Ralf Lankau, einer der Initiatoren des Appells. »So hilfreich Digitaltechnik in vielen Lebensbereichen sein kann, so kritisch muss sie beim Einsatz in Bildungseinrichtungen reflektiert werden: Die Digitalisierung macht unsere Kinder dümmer. Daher fordern wir, dass sich die Bildungspolitik wieder an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert.«

Der Schulpädagoge Prof. Klaus Zierer erklärt: »Die Konzepte der sogenannten digitalen Bildung kommen nicht aus der Erziehungswissenschaft, sondern aus der Industrie, die die Kitas und Schulen als Absatzmarkt definiert. Nicht Bildung, sondern Dehumanisierung des Unterrichts ist eine Folge. Der Tabletwahn, der nachweislich zu schlechterem Lernen führt, muss gestoppt werden. Motivation geht von den Erziehenden aus, nicht von technischen Geräten und Algorithmen. Unsere Forschung zeigt: ein begleitetes Smartphoneverbot wirkt sich unmittelbar positiv auf das Schulklima aus und führt zu besserem Lernen.«

Das Bündnis fordert ein Umdenken: Schulen sollen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren – die Vermittlung einer ganzheitlichen Bildung, die kritisches Denken, soziale Kompetenzen und kulturelle Bildung in den Mittelpunkt stellt – kurz: natürliche Intelligenz.

CONTRA

gleichermaßen auch Lebensräume für Kinder und Jugendliche sein und somit an der Lebenswelt ansetzen. Verbote sind entsprechend nicht hilfreich. Kinder haben das Recht auf Schutz vor Gefahren, ebenso wie das Recht auf Zugang zu Informationen, auf freie Meinungsäußerung und auf Kultur, Freizeit und Spiel. Verbieten hat sich bisher im Allgemeinen in sehr wenigen Fällen als gelingende pädagogische oder erzieherische Strategie erwiesen. Wenn mit Verboten gearbeitet wird, ist es notwendig, die dahinterliegende Zielsetzung zu betrachten, ein Verbot pädagogisch zu flankieren, alternative Angebote zu machen und sich umso mehr mit dem Angebot und den Nutzungsmotiven auseinanderzusetzen.«

Das JFF sieht in einem undifferenzierten Verbot von mobilen Endgeräten und Inhalten auf digitalen Plattformen die Gefahr, dass dadurch die notwendige Ausbildung von Zukunftskompetenzen bei Kindern und Jugendlichen auf der Strecke bleibt, die Stärkung von Selbstbewusstsein leidet und das soziale Lernen mit Medien als unabdingbare Herausforderung nicht berücksichtigt wird.

Statt die Thematik durch ein Verbot zu tabuisieren, fordert das JFF die Schaffung sicherer und geschützter Online-Räume für unterschiedliche Altersgruppen. So würden die Potenziale von Social Media genutzt und die medialen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ernstgenommen. Zudem seien erforderlich:

- Stärkung der Fachdisziplin Medienpädagogik
- früh ansetzende Medienbildung
- enge Begleitung von Eltern und Fachkräften
- fundiertes Wissen über Medienangebote, Risiken und Chancen
- Verstetigung innovativer Ansätze in Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention
- klare Verantwortungsübernahme durch Plattformen
- lebenslange Förderung von Medienkompetenz

INFO

MSB NRW überlässt Entscheidung den Schulen

Das NRW-Schulministerium (MSB) überlässt die Entscheidung über die Nutzung von Smartphones auf dem Schulgelände weitgehend den Schulen selbst. Die Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen sich bis zum Herbst 2025 eigene altersgerechte Regeln für die private Handynutzung geben und diese verbindlich in die Schulordnung aufnehmen, heißt es in einer Pressemitteilung des MSB vom 25. März. Das Schulministerium hat die Schulen dazu aufgefordert, nun einen schulinternen

Abstimmungsprozess zu starten, an dessen Ende klare und verbindliche Regeln für die Handynutzung stehen sollen. Für die Grundschulen und in der Primarstufe an Förderschulen empfiehlt das Ministerium, die private Nutzung von Handys und Smartwatches auf dem Schulgelände und im Schulgebäude grundsätzlich nicht zu erlauben.

Um die Schulen in diesem partizipativen Prozess zu unterstützen, stellt das Ministerium mögliche Regeln zum Umgang mit Handys sowie eine exemplarische Handyordnung zur Verfügung. Hier geht es zum Download:



www.schulministerium.nrw/ handlungsempfehlunghandynutzung





Mülheimer Kongress: Jetzt anmelden!

er Mülheimer Kongress greift in diesem Jahr ein bedrückend aktuelles Thema auf: 'Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Schule begegnen'. Näheres zu den inhaltlichen Schwerpunkten der 56. Auflage dieser Traditionsveranstaltung, die am 26. und 27. November stattfindet, lesen Sie in dieser Ausgabe auf den Seiten 3 und 4. Daher sei hier nur auf einige organisatorische Eckpunkte hingewiesen.

Zunächst zu den Teilnahmegebühren. Diese betragen:

- für lehrer nrw-Mitglieder: 199 Euro (149 Euro ohne Übernachtung)
- für lehrer nrw-Senioren: 179 Euro (129 Euro ohne Übernachtung)
- für sonstige Teilnehmer: 259 Euro (209 Euro ohne Übernachtung)

Anmeldeschluss mit Übernachtungswunsch: 21. September 2025 Anmeldeschluss ohne Übernachtung: 21. Oktober 2025

Tagungsort: Die Wolfsburg, Falkenweg 6, 45478 Mülheim a.d. Ruhr

Wie beim Mülheimer Kongress gewohnt, gibt es auch diesmal wieder ein musikalisches Rahmenprogramm. So sorgt die Sängerin Shanai mit ihrem DJ und Saxofonisten Volker Zimmer am Abend des

ersten Kongresstages für Liveunterhaltung. Zum Ausklang am zweiten Tag dürfen wir uns wieder auf den markanten Sound der Big Band der Erich-Klausener-Realschule aus Herten freuen.

		l -		l -				
Anmelde- schluss	27.08.2025	15.09.2025	27.10.2025	29.09.2025	01.10.25	25.09.25	29.09.2025	11.11.2025
Gebühr sonst. Teilnehmer	210€	210€	70 €	210€	90€	210€	210€	90€
Gebühr lehrer nrw- Mitglied	160€	160€	40€	160 €	909	160€	160€	909
Uhrzeit	09:30 bis 16:00 Uhr	09:00 bis 16:30 Uhr	14:00 bis 17:00 Uhr	09:00 bis 16:30 Uhr	15:00 bis 18:00 Uhr	09:30 bis 17:00 Uhr	09:00 bis 16:00 Uhr	15:00 bis 18:00 Uhr
Wann	Montag 29.09.2025	Montag 03.11.2025	Montag 10.11.2025	Montag 10.11.2025	Dienstag 11.11.2025	Donnerstag 13.11.2025	Montag 17.11.2025	Dienstag 02.12.2025
Wo	Leonardo Düsseldorf City Center Ludwig-Erhard-Allee 3 40227 Düsseldorf	Leonardo Düsseldorf City Center Ludwig-Erhard-Allee 3 40227 Düsseldorf	GDL Sitzungsraum 1. 0G Graf-Adolf-Straße 84 40210 Düsseldorf	Ringhotel Drees Hohe Straße 107 44139 Dortmund	Ringhotel Drees Hohe Straße 107 44139 Dortmund	Leonardo Düsseldorf City Center Ludwig-Erhard-Allee 3 40227 Düsseldorf	Ringhotel Drees Hohe Straße 107 44139 Dortmund	GDL Sitzungsraum 1. OG Graf-Adolf-Straße 84 40210 Düsseldorf
Referenten	Tanja Schmitz- Remberg	Gabi Schmidt	Christopher Lange	Lindemann	Horst Joosten	Yvonne Michel	Dorthe Leschnikowski- Bordan	Horst Joosten
Kurzinhalt	Häufig erleben Lehrkräfte Widerstand bei ihren Schülerinnen und Schülern, wenn sie Erwartungen des intensiveren Lernens und Vorbereitens an diese richten. In diesem Seminar erlangen Sie eine erhöhte fachliche Distanz zu herausforderndem Widerstand und fügen Ihrem Handlungsrepertoire weitere Interventionen hinzu.	Dieses Seminar wird Ihnen konstruktive Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, mit denen Sie durch konsequentes und gleichzeitig wertschätzendes Verhalten Konflikte wirksam bewältigen und Regeln leichter durchsetzen können.	Diese Fortbildung informiert über wichtige rechtliche Grundlagen, die Lehrkräfte für ihren Berufsalltag benötigen.	Was gerade noch Spaß war, wird unter Schülerinnen und Schülern schnell ernst und häufig eskalieren die Konflikte so, dass der Auslöser der Situation schwer zu ergründen ist. Lernen Sie Strategien kennen, um in herausfordernden Situationen nachhaltig und regelkonform den Klassenfrieden wieder herzustellen, die Gesprächshoheit inne zu halten und die Neutralisierungsstrategien der Täter zu identifizieren.	Beamtenversorgung und Altersteilzeit	Durch Selbstürsorge lernen wir Prioritäten zu setzen und auch mal Nein zu sagen. So stärken wir indirekt unser Selbstbewusstsein und lernen, stressige Zeiten leichter zu meistern und die Energie zu steigern.	Classroom Management meint das Schaffen einer produktiven Lernatmosphäre. Konsequent angewandt, reduziert es kleine Störungen, bevor sie zum Problem werden.	Beamtenversorgung und Altersteilzeit
Titel	Geschmeidiger Umgang mit Widerstand	Präsenz in Konflikten	Recht im Schulalltag	Verstanden, aber nicht einverstanden: Spitzenlehrkräfte ziehen Grenzen	Wege in den Ruhestand	Selbstbewusst und stark: Mit Selbstfürsorge durch stressige Zeiten	2025-1117 Classroom Management	Wege in den Ruhestand
Seminar Nr.	2025-0929	2025-1103	2025-1109	2025-1110	2025-1111	2025-1113	2025-1117	2025-1202



ie Frühjahrsreise der lehrer nrw Seniorinnen und Senioren führte vom 25. bis 28. Mai in die Barockstadt Fulda. An drei Tagen erkundeten wir unter sachkundiger Führung von Herrn Wettels die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Besonders beeindruckend waren unter anderem die Michaeliskirche, der Dom, das Schloss und das Barockviertel der Stadt. Den Anstieg zum Kloster Frauenberg bewältigten alle tapfer. Oben erwartete uns Pater Cornelius zu einem Klosterrundgang. Der Klostergarten und der wunderbare Blick

auf Fulda waren der Mühe wert.

Das Deutsche Feuerwehrmuseum, das man mit einem Spaziergang durch den wunderschönen Auenpark erreichen konnte, und der Besuch des Vonderau Museums standen ebenfalls auf dem Programm. Das Museum beeindruckte durch seine durchdachte und sehr aufwendige Darstellung der Stadtgeschichte und die Exponate sowie durch die eigens für uns vorbereitete Vorführung im Planetarium. Zwischen den Besichtigungsterminen und

... und ebendort bei einem zünftigen Abendessen.

Führungen, bei denen wir viel über die Stadt Fulda und seine Geschichte erfuhren, blieb noch Zeit für Kaffeepausen oder einen Einkaufsbummel.

Nur zu schnell waren die gemeinsamen Tage in dieser so sehenswerten Barockstadt vorbei. Wir haben die gemeinsamen Unternehmungen und die Stadt in entspannter Atmosphäre bei gutem Wetter sehr genossen.

Paderborn erkunden, Glasmalerei erleben

m 1. September 2025 können die lehrer nrw Seniorinnen und Senioren an einer eintägigen Exkursion nach Paderborn teilnehmen. Auf dem Programm stehen eine Stadtführung und eine Besichtigung der über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Glasmalerei Peters. Die Firma Peters ist ein Familienbetrieb in vierter Generation und kann auf eine über 100-jährige Geschichte zurückblicken. Die Glasmalerei erstreckt sich auf sakrale und profane Bauten. Dabei stehen Bewahrung, Pflege und Neuanfertigungen im Vordergrund. Die anschließende Stadtführung wird uns kurzweilig und unterhaltsam die Stadt näherbringen.

Hinweis: Der Besuch der Glasmalerei ist unabhängig von der Stadtführung. Falls ein Programmpunkt nicht gewünscht oder möglich ist, bitte bei der Anmeldung angeben:

- Glasmalerei und Mittagessen
- Glasmalerei und Stadtführung mit Mittagessen
- Mittagessen und Stadtführung

So können wir die Teilnehmerzahl planen und entsprechend die Reservierungen vornehmen.

Programm

- 10:30 Uhr Besichtigung der Glasmalerei Peters, etwa eineinhalb Stunden
- Gemeinsames Mittagessen in der Paderborner Innenstadt
- 15:00 Uhr Stadtführung

Kosten: Je nach Teilnehmerzahl zwischen 10 bis 20 Euro für die Führungen

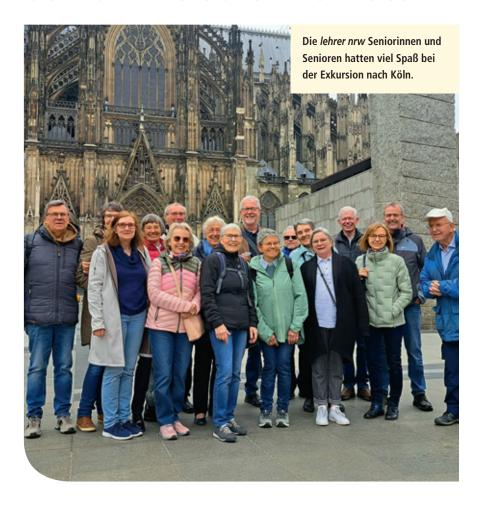
Anmeldung: bis 01.08.2025 bei Monika Holder, Tel. 02739/1899, E-Mail: holder@lehrernrw.de



Mitreißende Musik und kölsche Anekdoten

nter der fachkundigen Begleitung von Horst Kampermann hatten die Seniorinnen und Senioren von lehrer nrw bei einer Exkursion am 10. April Gelegenheit, an einer kostenlosen Orchesterprobe in der Philharmonie Köln teilzunehmen und eine etwas andere Stadtführung zu erleben. Das WDR-Symphonieorchester begeisterte uns mit seinen brillant gespielten Stücken 'Maria und Anton' aus der Westside Story und der Romania Rhapsodie. Die Stadtführung begann am Dom und endete am Dreikönigspförtchen beim Frauenstift Maria im Kapitol. Heiter und kurzweilig bekamen wir Einblicke in die Geschichte, Eigenheiten und Anekdoten an den entsprechenden Örtlichkeiten, die Köln so liebenswert machen. Heinz Kampermann hatte für uns eine ganz besondere und vergnügliche Stadtführung zusammengestellt. Wir bedanken uns für den schönen Tag

Wir bedanken uns für den schönen Tag in Köln bei Heinz Kampermann für die besondere Stadtführung und bei Horst Joosten für die hervorragende Organisation.



Trauer um Jürgen Seidel

lehrer nrw trauert um sein Ehrenmitglied Jürgen Seidel. Er verstarb am 4. Juni 2025 im Alter von 96 Jahren. Seidel trat bereits 1959 in den damaligen Realschullehrerverband NRW ein und wurde im Laufe der Jahre zu einer prägenden Figur für unseren



Verband, Das christlich-humanistische Menschenbild, bis heute eine Leitlinie des früheren Realschullehrerverbandes und späteren lehrer nrw, hat er mitge-

staltet. Bis ins hohe Alter war er ein regelmäßiger Besucher und hoch geschätzter Gesprächspartner bei vielen Veranstaltungen, zum Beispiel dem Mülheimer Kon-

1968 wurde Jürgen Seidel zum Schatzmeister des RLV gewählt, ein Amt, das er 30 Jahre (!) innehatte und ab Anfang der 1980er Jahre auch auf Bundesebene für den Verband Deutscher Realschullehrer bekleidete. In der Personalratsarbeit war er ebenfalls sehr engagiert und hatte maßgeblichen Anteil unter anderem am erfolgreichen Kampf um die Einführung der Besoldungsstufe A13 für Realschullehrkräfte sowie um die zweite Konrektorenstelle für Realschulen.

Meinungsstark vertrat Jürgen Seidel, selbst langjähriger Schulleiter, stets die Interessen seines Berufsstandes, auch lange nach seiner Pensionierung. 2016, zum 70. Gründungstag des Verbandes, konstatierte er: »Wenn ich mir die ständigen Manipulationen am Schulwesen heute anschaue, habe ich den Eindruck, als wenn die Politik den Sachverstand der Lehrerschaft als schädlich für ihre Entscheidungsprozesse erachtet.«



Hübsch, aber unsicher: Sparschweine, Schuhkartons, Kopfkissen, private Konten oder sonstige Aufbewahrungsorte sind definitiv der falsche Lagerplatz für eingesammelte Gelder für eine Klassenfahrt.

Welche Regelungen gelten an den Schulen in Nordrhein-Westfalen zur Führung von Klassen- oder Schulkonten? Trotz einer Gesetzesänderung scheinen bei dieser Frage im Schulalltag immer noch Unklarheiten verbreitet zu sein.



von CHRISTOPHER LANGE

ie Finanzierung von Ausflügen und Klassenfahrten – bei diesem Stichwort stellen sich wohl vielen Lehrkräften die Nackenhaare auf, so sehr sie sich auch selbst darauf freuen, mit ihren Schülerinnen und Schülern etwas außerhalb des Unterrichts zu erleben. Monatelang wird oft recherchiert und beratschlagt, wo es hingehen soll und was das wohl kosten wird. Besteht dann ausreichende Einigkeit zwischen den Beteiligten, einschließlich der Eltern, über Ziel und Dauer der Fahrt, bangt man, ob auch alle die allgemeine Euphorie und Reiselust durch Zahlung ihrer Beiträge vorab untermauern.

Wohin mit dem Geld?

Damit der Sorgen nicht genug – es stellt sich letztlich dann auch noch die Frage, wo und wie das eingegangene Geld vorübergehend zu verwahren ist. Denn zur Durchführung von Exkursionen, Ausflügen und Klassenfahrten sammeln im Regelfall Lehrerinnen oder Lehrer, oft mit Klassenleitungsfunktion, von Schülerinnen und Schülern Geld ein und wünschen sich, die Beträge direkt auf ein Konto einzahlen oder einzahlen lassen zu können, die bar oder durch Überweisung von einem Konto durch Eltern geleistet werden.

Woran hapert es?

Ausweislich einer Kleinen Anfrage der SPD im Landtag NRW¹ scheint es dabei in der Praxis für Lehrkräfte aber auch heutzutage nicht immer einfach zu sein. Und das, obwohl vor fünf Jahren mit dem 15. Schulrechtsänderungsgesetz NRW die Bedingungen zur Führung von Konten gemäß § 95 Absatz 3 Schulgesetz NRW (SchulG) erleichtert werden sollten. Betrachte man die Schullandschaft in Nordrein-Westfalen, so stelle man folgendes fest: Nicht an allen Schulen stehe ein Konto für entsprechende Einzahlungen zur Verfügung. Mangels anderweitiger Möglichkeiten werde dann quasi vorausgesetzt, dass die Lehrkräfte im Endeffekt selbst ein Konto organisieren. Oder sie müssten dann sogar – und nicht sel-

ten – private Konten nutzen, die ihnen selbst oder der Schulleitung gehören. Dafür fallen aber zum einen entsprechende Kontoführungsgebühren an, die letztlich wiederum die Kosten des Ausfluges beziehungsweise der Klassenfahrt erhöhen. Zum anderen sind diese

Gelder dem Zugriff etwaiger Gläubiger der Kontoinhaber ausgesetzt. Zudem kann auf derartigen Konten nicht immer sicher unterschieden werden, welche Kontoposition und -bewegung privat ist oder welche aus dienstlichen Zwecken herrührt.

Als vermeintlicher Königsweg stellen sich Treuhandkonten dar. Ein derartiges Konto wird zwar im Namen der Lehrkraft geführt, die eingegangenen Gelder werden jedoch lediglich durch die Lehrkraft verwaltet. Aber auch für Treuhandkonten fallen in der Regel Gebühren an. Hinzu kommt der Aufwand für die Einrichtung, der den Lehrerinnen und Lehrern entsteht und 'on top' zu allen anderen Organisationsaufgaben gestemmt werden muss.

Was ist zu tun?

Wenn die Realität für eine Lehrkraft, die Gelder für eine Klassenfahrt oder einen Ausflug verwahren will, nun so unerfreulich ist wie beschrieben und sie kein Klassen- beziehungsweise Schulkonto vorfindet und nutzen darf, was sollte sie dann tun? Die Landesregierung fordert ausweislich ihrer Antwort auf die genannte Kleine Anfrage der SPD die betroffenen Schulleiterinnen und -leiter auf, sich in einer solchen Situation an den Schulträger zu wenden und für ein entsprechendes Konto zu sorgen. Denn gemäß § 95 Absatz 3 SchulG können Schulträger zur Erleichterung der Mittelbewirtschaftung durch die Schulen Schulgirokonten einrichten. Diesen Konten können auch zusätzliche eigene Einnahmen der Schulen zugeführt werden. Und mit Zustimmung des Schulträgers können diese Konten auch für die Verwaltung von treuhänderischen Geldern genutzt werden. Entscheidend ist es, an den Schulträger und nicht an die Schulen heranzutreten, da Schulen selbst nach § 6 Absatz 3 Satz 2 SchulG nicht rechtsfähige Anstalten sind und selbst keine Girokonten bei einer Sparkasse oder Bank errichten können. Dem NRW-Schulministerium sei nach eigener Aussage kein Fall bekannt, bei dem der jeweilige Schulträger sich einer entsprechenden Bitte entzogen habe.

Klargestellt wird nochmals, dass Lehrkräfte weder dazu verpflichtet werden können, ihr privates Girokonto für treuhänderische Gelder im schulischen Kontext zu verwenden, noch ein eigens für schulische Zwecke bestimmtes Treuhandkonto einzurichten und zu nutzen. Die Kosten für die Einrichtung und Nutzung eines Schulgirokontos nach § 95 Absatz 3 SchulG trage der Schulträger, das heißt, Kontoführungsgebühren sind keinesfalls von den Lehrkräften oder Schülerinnen und Schülern beziehungsweise deren Eltern zu zahlen.

1 Siehe dazu die Antwort der Landesregierung auf Kleine Anfrage 4004, Drucksachennummer 18/10021; https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/ dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-10021.pdf, abgerufen am 4. Juni 2025





Die METTNAU – Ihr starker Gesundheitspartner am Bodensee

Die METTNAU bietet regenerative Trainings- und Entspannungsverfahren für Lehrkräfte an, die unter den vielfältig belastenden und anspannenden Tätigkeiten des Lehrerberufs leiden. Hier kümmert sich ein kompetentes Team von Therapeuten, Psychologen, Sportlehrern, Ernährungsberatern und Ärzten um Ihre physische und psychische Gesundheit.

Das alles und mehr bietet Ihnen die METTNAU:

- √ Beratung und ärztliche Untersuchung
- √ sporttherapeutische Angebote
- √ praktisches Stressmanagement
- √ Ernährungspsychologie
- √ Entspannungstraining, Yoga, Qigong
- √ umfangreiches Wellnessangebot

Gut zu wissen: Wir sind als beihilfefähig anerkannt und zugelassen für private und gesetzliche Krankenkassen sowie die Deutsche Rentenversicherung! Weitere Informationen finden Sie auf: www.mettnau.com









Eine SchRÄGe Sache

as kümmert mich mein Geschwätz von gestern«, soll der legendäre Bundeskanzler Konrad Adenauer mal gesagt haben. Das Zitat gilt heute als Beleg für eine gewisse nennen wir's mal – politische Flexibilität. Die bewiesen später unter anderem auch der kaum minder legendäre Norbert Blüm (»Die Rente ist sicher«) und jüngst der noch nicht ganz so legendäre Friedrich Merz (»Die Schuldenbremse steht«). Auch die CDU NRW hat sich positioniert: »Wir halten am gegliederten und bewährten Schulsystem fest«, heißt es unmissverständlich im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022. Ein Satz wie Donnerhall. Nehmt das, ihr Einheitsschul-Ideologen!

Drei Jahre später reiben sich die Einheitsschul-Ideologen die Augen – und inzwischen auch die Hände: Jahrzehnte-

lang haben sich SPD und Grüne mit wechselnden Bildungsministerinnen die Zähne am gegliederten Schulsystem ausgebissen. Und nun macht ausgerechnet die CDU den Weg frei. Das 'Gesetz zur Sicherung von umfassenden Bildungsangeboten und zur Stärkung der Qualität von Schule – 17. Schulrechtsänderungsgesetz' (vulgo: 17. SchRÄG) erlaubt Schulträgern im Prinzip, an Realschulen dauerhaft einen Hauptschulbildungsgang anzuflanschen. Da kann man Hauptschüler dann prima parken und die Hauptschulen gleich ganz einsparen, hört man es schon aus manchen Rathäusern frohlocken.

Der regierungstragenden CDU im NRW-Landtag scheint das selbst nicht so ganz geheuer zu sein. Darum ist die Landesregierung auf Nummer sicher gegangen. Die wohl größte schul- und bildungsrechtliche Änderung dieser Wahlperiode sollte ohne viel Aufhebens beschlossen werden. Nun, das hat sauber
geklappt. An Tagesordnungspunkt 20
ging das Gesetz am 21. Mai durch den
Landtag. Die Beschlussfassung sollte
zunächst gegen 23:00 Uhr erfolgen.
Kurz vor der Geisterstunde. Am Ende
war es dann 21:30 Uhr. Der Effekt blieb
der gleiche: Das geneigte Publikum war
wohlig weggedämmert.

Tapfer verkündet Schulministerin Dorothee Feller seither, dass das Gesetz das gegliederte Schulsystem im Allgemeinen und die Hauptschulen im Besonderen nicht schwäche, sondern ein flächendeckendes Angebot eben gerade sicherstelle. Das klingt wie der späte Blüm: »Das gegliederte Schulsystem ist sicher.« Und falls nicht: Schlag nach bei Adenauer.



Chinesische Weisheit

Jeder zweite Buchstabe zählt! Satzzeichen zählen nicht als Buchstabe. Beginnen Sie den Text mit dem ersten Buchstaben und überspringen Sie immer einen Buchstaben, bis Sie am Ende des Textes angekommen sind. Folgen Sie dem Text möglichst nur mit den Augen.

WgialrljsptsdrugfjücrmeoisncJhathqrdvaok roapussypplnalnjecn, aswovbsayurek Rbefii sö.WliplülmsxtsdruwfbünreeriunlJsauhprk zeefhdnstavcobrsazussgpdlaahnzeknn, saoqpdfelwagnbzuemBkäwudmie.u WaielglisettdhukflüördesionvJdakhlrphüuf nsdeerratppkljadnsecn,asrowbtidlbdjek Mlemndsncshrefn. Tschuang-Tse

Jschuang-Tse Bäume. Willst du für ein Jahrhundert planen, so bilde Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Lösung: Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Reis.

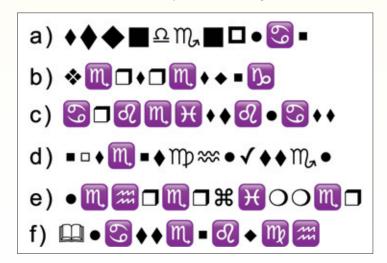


Was zehört zum Schulalltag?

Knacken Sie den Code und finden Sie die Wörter!

Gesucht sind diese sechs Begriffe (alphabetisch):

1 Arbeitsblatt 2 Klassenbuch 3 Lehrerzimmer 4 Notenschlüssel 5 Stundenplan 6 Vertretung





Zusammengesetzte Schulbegriffe

Finden Sie die Wortteile, die	Anspitzer	Bleistift	Haus	Lösungs	Projekt	Stunden
zusammengehören und	Arbeit	Block	Klassen	Noten	Radier	Tafel
fügen sie zu einem Begriff zu-	Arbeits	Buch	Klassen	Papier	Ranzen	Tinten
sammen, dem Sie in Schulen	Aufgabe	Fach	Kontrolle	Papier	Raum	Turn
begegnen. Dabei setzen sich	Aufsicht	Flieger	Korb	Pausen	Roller	Vertretungs
die Lösungen aus zwei Wort-	Beutel	Gong	Lehrer	Pausen	Schlüssel	Woche
teilen zusammen.	Bild	Gruppen	Lehrer	Plan	Schul	Zeichen
Beispiel: Klassen – Arbeit	Blatt	Gummi	Lernziel	Plan	Sprecher	Zimmer
Klassenarbeit	Blatt	Handbuch				

Papierflieger Papierkorb Pausenaufsicht Pausengong Projektwoche Radiergummi Schulranzen Stundenplan Tafelbild Tintenroller Turnbeutel Vertretungsplan Zeichenblock

Über Feedback zu meinen Gehirnjogging Übungen würde ich mehr sehr freuen: mail@heike-loosen.de

Heike Loosen





Drei neue Mitglieder für *lehrer nrw* gewinnen – 50-Euro-Gutschein erhalten

Hier geht es zum Beitrittsformular:

www.lehrernrw.de/wir-ueber-uns/ lehrernrw-de-mitglied-werden-2/



Für je drei geworbene neue Mitglieder erhalten Sie einen online einlösbaren Wunschgutschein über 50 Euro



Namen des Werbers / der Werberin eintragen geworben durch:

Mit meiner Unters

Oct. Code/CC C